

Presseinformation

Potsdam, 24. Februar 2010

10. Sitzung des Landtages

TOP: Haushaltsgesetz 2010

Redebeitrag: Stefan Ludwig
(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Verehrte Frau Wanka, verehrter Herr Goetz -
Sie haben hier ein Donnerwetter gegen Rot-Rot inszeniert
und offensichtlich gehofft, mit Wolkenbrüchen von Kritik und
mit Blitzen der Kompetenz uns einfach hinwegspülen zu
können.

Nun - damit haben Sie sich übernommen.

Außer einem entfernten Grummeln des Unbehagens ist nicht
viel geblieben. Warum ist das so? Es gibt zwei Gründe:

Der eine besteht darin, dass sie wohl Haushalte einfach nicht
richtig lesen. Das war schon bei den noch von ihnen selbst
mitverantworteten so - deswegen sind sie in die auch so
verliebt. Und unsere lesen sie auch nicht - ich komme noch
darauf.

Warum lesen sie Haushalte nicht richtig? Das führt zum
zweiten Grund für ihren schwachen Auftritt: Sie versperren
sich mit ihren eigenen Vorurteilen den Blick auf die Zahlen.
Früher waren sie mit von der Partie - da war alles gut. Jetzt
sind sie nicht mehr dabei - da ist alles schlecht.

Damit könnte man ja noch irgendwie leben, wenn es zu der
Frage führen würde, *warum* sie denn nicht mehr dabei sind.
Wenn es zu der Feststellung führen würde, dass Ihnen die
ganze Richtung nicht passt und *warum* das so ist.

Natürlich, Frau Wanka, Herr Goetz, passt ihnen die ganze
rot-rote Richtung nicht. Das geht in Ordnung - uns passt ihre
auch nicht. Aber warum verstecken sie sich hinter platten

Parolen und albernen Zeitplänen? So entsteht keine druckvolle Opposition - das können sie uns glauben. Davon verstehen wir mehr als sie.

Meine Damen und Herren!

Ja, wir haben in den letzten Wochen und Monaten damit begonnen, Brandenburgs Weg neu zu justieren. Es ist an der Zeit; es ist nötig. Die Leitidee von Gemeinsinn und Erneuerung ist nicht an die Stelle, wohl aber in das Zentrum der Erneuerung aus eigener Kraft getreten. Darum geht es.

Dafür haben wir wichtige Weichenstellungen vorgenommen - Weichenstellungen in Richtung einer sozialen Modernisierung unseres Landes.

Diese Koalition will für **gute Arbeit für alle** sorgen. Deswegen zielt unsere Wirtschaftspolitik darauf, dass wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität eine untrennbare Einheit bilden. Und zur Sozialpolitik gehört eben auch an zentraler Stelle, dass Arbeitslose nicht nur alimentiert und geschurigelt werden, sondern dass ihnen ein Weg zurück ins Erwerbsleben eröffnet wird.

Ich will hier nur auf zwei zentrale Projekte verweisen: Wir werden erstens ein brandenburgisches Mindestlohngesetz schaffen. Und wir werden zweitens in den nächsten Jahren tausenden bislang arbeitslosen Menschen in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor sozialversicherungspflichtige Jobs zu tariflichen Standards bieten.

Beides gehört in diese Debatte, meine Damen und Herren!

Wir werden mit aller Kraft die Misere der öffentlichen Haushalte und die Lohnspirale nach unten entkoppeln! Öffentliche Aufträge für Firmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit weniger als 7,50 € pro Stunde entlohnen, wird es in Brandenburg nicht (mehr) geben! Das wird nicht einfach und es kostet Geld. Das gilt für das Land - und es gilt für die Kommunen. In den Kreisen, Städten und Gemeinden aber tragen auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, Verantwortung! Jetzt gilt es, Farbe zu bekennen: Ziehen wir alle an einem Strang, damit eine Trendwende eingeleitet wird, damit Brandenburg nicht von Billiglohn- zum Niedrigstlohnland wird? Wir kämpfen dafür, weil wir keinem Menschen zumuten wollen, den ganzen Tag hart zu arbeiten und dennoch seine Existenz nicht sichern zu können. Mir ist egal, wie sie diese Motivation bewerten - wenn sie nur ihre eigene Argumentation ernst nehmen und bedenken, dass auf dem Weg zu Mindestlöhnen nicht nur die Menschenwürde beachtet, sondern auch die Kostenstruktur des Sozialstaates geändert wird.

Meine Damen und Herren,

natürlich übersehen wir dabei nicht, wie schwierig sich die Finanzlage der Kommunen darstellt. Wir wissen, wie tief die Einschnitte in die kommunalen Haushalte sind - und wie gravierend die Folgen. Die Landeszuweisungen gehen in einem Moment zurück, wo auch die eigenen Steuereinnahmen der Kommunen einbrechen. Beides hängt mit der Krise zusammen - aber nicht alles lässt sich auf die aktuellen Krisenprobleme zurückführen.

Wir haben immer für eine ordentliche Finanzausstattung der Kommunen gekämpft - und damit hören wir jetzt in Regierungsverantwortung nicht auf, sondern wir fangen erst recht damit an. Noch allerdings wirkt jenes System der Finanzverteilung, das ohne unser Zutun beschlossen worden war. *Dieser* Verteilungsschlüssel führt dazu, dass im Moment weniger an die Kommunen verteilt wird.

Daran müssen und daran werden wir arbeiten, meine Damen und Herren. Wir brauchen

einen Finanzausgleich, der eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen gewährleistet. Dabei kommt es gleichermaßen darauf an, dass die Erfolge der wirtschaftlichen Entwicklung überall im Land spürbar sind und dass den unterschiedlichen Entwicklungen im Land Rechnung getragen wird. Dazu steht diese Koalition!

Meine Damen und Herren,

so groß die finanziellen Herausforderungen auch sind - von der sozialen Modernisierung unseres Landes können und werden sie uns nicht abbringen. Ich kehre zurück zum Gedanken der guten Arbeit für alle: Wir werden nicht zuschauen, wenn einerseits Zehntausende in unserem Land aus dem Erwerbsleben heraus gedrängt wurden - und andererseits wichtige Dinge unerledigt bleiben.

Es wartet viel gute Arbeit mit Zukunft: Im Umweltschutz, beim Sport und auch sozial, von Mensch zu Mensch. Jetzt nutzt Rot-Rot die Chance und startet: Mit dem Öffentlich geförderten Beschäftigungs-Sektor (ÖBS). Der ÖBS finanziert endlich „Gute Arbeit“ statt Arbeitslosigkeit. Und er zeigt einen Weg aus der Armuts-Verwaltung.

Meine Damen und Herren,

das Güte-Siegel „ÖBS“ ist kein neues Etikett für ABM oder 1-Euro-Jobs; es ist nicht einfach ein anderer Name für Billig-Bürgerarbeit. Wir sorgen stattdessen

- für Existenzsichernde Beschäftigung (Mindestlohn-Niveau) statt Almosen-Zahlungen
- für Freiwilligkeit statt Arbeits-Zwang
- und für Sozialversicherung statt Schutzlosigkeit

Für uns ist das ein Gebot der Menschenwürde. Wir wollen auch hier aus der Spirale nach unten heraus, wir wollen den Trend umkehren, den Hartz IV und die Ein-Euro-Jobs eingeleitet haben.

Nun hat die schwarz-gelbe Opposition den Charme dieses Engagements offensichtlich erkannt und polemisiert deswegen mit dem Argument gegen den ÖBS, wir bedienen uns dafür des Geldes anderer - also vor allem des Bundes, der schwarz-gelben Bundesregierung. Das ist schon deswegen unseriös, weil der Bund das Förderprogramm KommunalKombi nicht wie bisher fortsetzt. Nun gut, wir werden eine andere Lösung finden.

Klar ist doch aber eines: Natürlich muss der ÖBS die bestehenden Förderinstrumente nutzen, um sich zu finanzieren. Natürlich müssen die gesetzlichen Bedingungen eingehalten werden. Brandenburg tritt doch unter Rot-Rot nicht aus der Bundesrepublik aus!

Wir erwarten von der Bundesregierung keine Zusatz-Ausgaben. Sie soll nur das geben, was sie als „passive Leistung“ (Regelsatz Hartz IV, Kosten der Unterkunft usw.) einspart. Das war schon beim „Kommunal-Kombi“ so. Und auch die Kommunen sollen nur geben, was sie anderswo einsparen: Ihren Anteil der Unterkunfts-Kosten. Schließlich haben Städte und Gemeinden vom ÖBS einen spürbaren Nutzen.

Und schließlich leistet Brandenburg mit dem ÖBS natürlich einen eigenen finanziellen Beitrag - 40 Millionen EUR aus dem Landeshaushalt in den kommenden fünf Jahren. Die Förderung ist „überjährig“, geht also über das Kalenderjahr hinaus. Reguläre Arbeitsplätze dürfen nicht verdrängt werden. Bis 2014 sollen 8000 Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

Meine Damen und Herren,

der zweite große Schwerpunkt unserer Politik zielt auf gute Bildung für alle - von Anfang

an. Hier werden wir gerade in diesem Jahr viele Anstrengungen bündeln, vor allem im Personalbereich.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass sich der Betreuungsschlüssel in den Kitas deutlich verbessert.

Wir werden von der Idee des Schüler-BaföG nicht lassen - und darauf achten, dass bei der jetzt notwendigen Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze Kinder und Jugendliche endlich angemessen auf ihre Kosten kommen und dass die Bildung dabei den notwendigerweise hohen Stellenwert hat!

Auf das Anliegen der Volksinitiative zur Verbesserung der musischen Bildung im Land gehen wir in den durch die Haushaltslage gesetzten Grenzen ein.

Vor allem aber, meine Damen und Herren:

Brandenburg wird zum kommenden Schuljahr 450 junge Lehrer einstellen - doppelt so viele wie noch im rot-schwarzen Schulressourcenkonzept geplant!

Damit wird es uns gelingen, die schulische Bildung deutlich zu verbessern und bisherige Defizite zu schließen - sei es bei Chemie oder Informatik, bei Sport oder Kunst.

Über die gesamte Legislaturperiode hinweg werden wir insgesamt 1250 Lehrerinnen und Lehrer neu einstellen - so viel wie noch nie seit 1990.

Zugleich korrigieren wir einen wesentlichen Fehler. Vor zehn Jahren, mit Beginn der rot-schwarzen Koalition, hatte Brandenburg die Ausbildung von Sonderpädagogen eingestellt - jetzt fehlen sie. Ich freue mich daher, Herr Kollege Rupprecht, dass Sie dieser Tage den Wiedereinstieg in die Ausbildung von Sonderpädagogen ankündigen konnten!

Brandenburg wird zudem in diesem Zusammenhang auch bundesweit in ein ganz anderes Licht rücken, meine Damen und Herren. Wenn wir bundesweit um junge Lehrerinnen und Lehrer für Brandenburg werben, wird man daran sehr wohl merken, dass hier nicht nur die Zukunft entschlossen angepackt wird. Man wird zugleich sehen, dass Zukunft in Brandenburg nicht nur eine abstrakte Kategorie ist, sondern mit ganz praktischen individuellen Lebensperspektiven verbunden ist. Und genau das wollen wir erreichen: Dass es nicht nur möglich und sinnvoll ist, in Brandenburg zu bleiben, sondern dass es auch attraktiv wird, hierher zu kommen! Und zwar nicht nur als Lehrerin oder Lehrer, sondern auch, weil die Kinder hier von Geburt an gute Chancen haben und ihre Eltern interessante Herausforderungen finden!

Deswegen lautet der dritte große Schwerpunkt für uns: **Innovation**. Wissenschaft und Forschung gehört die besondere Aufmerksamkeit der Landesregierung. Wir erhalten unsere vielfältige Hochschullandschaft - ohne Studiengebühren! Und wir streben nachhaltige, zukunftssträchtige Wirtschaftsstrukturen an. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen inkl. Handwerksunternehmen sollen bei der Kooperation mit Hochschulen oder Forschungsinstituten unterstützt werden. Mit einem weiteren Programm wird geholfen, neue Geschäftsfelder und -modelle durch die Nutzung innovativer Technologien zu erschließen. In Kürze soll zudem ein Fonds eingerichtet werden, der die Eigenkapitalausstattung junger technologieorientierter Unternehmen verbessert.

Auch wir wollen die Stärken des Landes durchaus stärken, zugleich aber auch die Schwächen reduzieren. Dazu gehört auch, die Innovationsstrategien von Brandenburg und Berlin weiter zusammen zu führen. Es ist sinnvoll, sich zum gegenseitigen Vorteil auf die am meisten Erfolg versprechenden Wachstumsbranchen zu konzentrieren.

Meine Damen und Herren -

all diese Vorhaben, die für die Entwicklung, für die Zukunft unseres Landes von zentraler Bedeutung sind, werden durch den vorliegenden Haushalt finanziell besser gestellt als zuvor. Dies ist das gemeinsame Verdienst der Koalition, Ergebnis der gemeinsamen Anstrengung aller Ressorts.

Die Landesregierung legt uns einen Haushalt vor, der trotz krisenbedingt sinkender Steuereinnahmen und trotz der Belastungen durch die Politik der Bundesregierung die Finanzierung aller zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages gewährleistet und dennoch den verfassungsmäßig erlaubten Rahmen für die Aufnahme neuer Schulden nicht ausschöpft.

Er ist seriös. Er lässt Spielräume. Und er eröffnet Spielräume.

Er finanziert, was die Koalition versprochen hat, was sie für die zentralen Ansatzpunkte für eine gute Zukunft des Landes hält. Das gilt im übrigen auch für die Personalplanung. 45.500 Stellen wird es 2014 im Landesdienst geben; 2019 noch 40.000 Stellen. Das ist so vereinbart und das wird so bleiben: Ohne betriebsbedingte Kündigungen - und mit Einstellungskorridoren - nicht nur für Lehrerinnen und Lehrer.

Natürlich wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Wie könnte das auch sein - mit einem schwierigen Transformationsprozess seit den Umbrüchen vor 20 Jahren im Rücken? Und noch immer mit einer der schwersten Finanzkrisen der Geschichte konfrontiert? Und mit einer Bundesregierung, die die finanzielle Entlastung der Reichen und die finanzielle Strangulierung der Ärmsten der Armen mit gleicher Intensität diskutiert?

Meine Damen und Herren von der Opposition,

was haben Sie dazu zu sagen? Erschütternd Abwegiges. Erschütternd viele Klischees. Und erschütternd wenig Substanz.

Da hat uns die Union mit der Frage beschäftigt, ob man mit Rot-Rot schnell genug zum neuen Haushalt kommt. Nachdem alle Abläufe mit der Vorsitzenden des Finanzausschusses, Frau Ludwig (CDU - !) geklärt waren, verfiel ihre Partei auf die Idee einer Sondersitzung.

Blicken wir zurück - in die Zeit, als die CDU noch als Regierungspartei Haushalte mit verantwortete: Die 1. Lesung zum Haushaltsplan des Doppelhaushaltes 2005/2006 fand am 2. März 2005 statt - vergleichsweise also noch eine Woche später als jetzt. Nun mögen Sie anmerken, 2005 habe die 3. Lesung dann schon Mitte Mai stattgefunden. Das wäre aber auch deutlich nach der von ihnen anvisierten Sondersitzung. Im Jahr 2000 allerdings - da waren die Christdemokraten gerade ins Kabinett aufgerückt - kam es erst am 23. Juni zur 3. Lesung - vergleichsweise später als jetzt geplant.

Wozu aber die ganzen Rechnereien? Man könnte meinen, sie finden einfach nur Strohhalme in ihrem Bemühen, gegen unseren Haushalt anzugehen. Vielleicht haben Sie das aber auch schon selbst eingesehen. Vielleicht haben Sie ja selbst schon gemerkt, dass Sie unserem Haushalt wenig entgegen zu setzen haben - und wollen deswegen ein schnelles Ende der Debatte. Das schmeichelt uns natürlich. Allerdings legen wir schon auf eine gründliche Befassung im Parlament wert. Und deswegen halten wir eine Verkürzung der Debatte für nicht sinnvoll.

Über diese Debatte werden Sie allerdings mit Ihren kurzatmigen Vorwürfen, wir führten Brandenburg in den Schuldenstaat, nicht hinweg kommen.

Da haben wir den Fraktionsvorsitzenden der Grünen, der vehement von der Landesregierung fordert, dass die Kredite getilgt werden müssen. Herr Vogel - es ist ja

schön, dass sie in Zeiten der Krise der Landesregierung zubilligen, Kredite aufzunehmen. Und die Tilgung ist natürlich erst recht eine ganz großartige Idee! Wenn wir damit anfangen, wäre es das erste Mal in der neueren Geschichte des Landes, dass Kredite getilgt würden.

Zur Erinnerung: Schon in der 1. Legislaturperiode, da war hier das der Fusion mit den Grünen abholde Bündnis 90 an einer Ampelkoalition beteiligt, wurde der Landeshaushalt im Durchschnitt mit 1,931 Mrd. Euro pro Jahr über Schulden finanziert. Der größte Teil der Schulden, mit denen wir uns heute herum schlagen, wurde bereits in den frühen 90er Jahren aufgenommen. Ans Tilgen hat bisher keine Landesregierung auch nur denken können; keine noch so große Konsolidierungsanstrengung der letzten Jahre ist an diesen Berg aus der Anfangszeit des neuen Brandenburg heran gekommen.

Und unter den jetzigen Rahmenbedingungen ist es einfach illusorisch, die Forderung nach Tilgung so weit vorn auf die Agenda zu setzen. Jemand wie Sie sollte das einfach wissen, Herr Vogel.

Der zweite Konsolidierungsweltmeister in diesem Hause, die CDU, polterte auch drauf los: Rot-Rot plündert das Sparbuch und treibt Brandenburg tief in rote Zahlen - so jedenfalls die Fraktionsvorsitzende. Weiterhin unterstellt sie der Landesregierung unglaublichen Einsparwillen.

Alles Parolen, Frau Wanka!

Während Sie hier die wachsamen schwäbischen Hausfrauen spielen, profiliert man sich hinter ihrem Rücken mit wohlfeilen Forderungen nach Mehrausgaben. Ihr Sprecher für Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, Herr Genilke, will mehr Geld für das Infrastrukturministerium. Recht haben Sie, Herr Genilke: unsere Straßen sehen nach dem langen und harten Winter tatsächlich wie Schweizer Käse aus. Aber der Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte durch die schwarz-gelbe Steuerpolitik auch. Wenn auf Bundesebene kein Umdenken erfolgt, dann ist bald gar nichts mehr vom Käse zu sehen.

Aber schauen wir uns doch mal die Konsolidierungsbemühungen der CDU in Regierungsverantwortung an. 1999, im Jahr Ihres Regierungseintritts, betragen die Gesamtausgaben des Landes Brandenburg 9,9503 Mrd. Euro. In 2008 waren es dann schon 10,4192 Mrd. Euro. Wir haben in dieser Zeit einen Aufwuchs des Haushaltes um fast 500 Mio. Euro zu verzeichnen. Jetzt könnte man ja der Meinung sein, dass sich das Land diese Ausgaben leisten konnte - aber wenn man die Maßstäbe der CDU ansetzt, dann wohl eher nicht. Allein von 2000 bis 2006 wurden 5,1705 Mrd. der getätigten Ausgaben über Kredite finanziert. Das sind über 738 Mio. pro Jahr. Nur in den wirtschaftlichen besseren Jahren 2007 und 2008, die natürlich auch am Land Brandenburg nicht spurlos vorbei gegangen sind, konnte auf eine Neuverschuldung verzichtet werden. Es konnten sogar Rücklagen gebildet werden. Leider auf Kosten der Investitionsförderung, denn diese blieb 2007 über 225 Mio. hinter den geplanten Ausgaben zurück - und 2008 waren die Ist-Ausgaben für die Investitionsförderung um 208 Mio. Euro niedriger als geplant.

Frau Wankas Sparbuch hat es allerdings so nie gegeben. Hier nur für die Nicht-Kaufleute wie Frau Wanka und mich zu Erinnerung: Nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen sind kein Guthaben, schon gar kein Bargeld, sondern lediglich vermiedene Schulden.

Meine Damen und Herren, es ist doch einfach ein Schauermärchen fern jeder Realität, dass Linke nicht ordentlich haushalten können. Ich will hier gar nicht noch einmal auf das so nahe Berlin verweisen - da hatte ein CDU-geführter Senat das Land in das

finanzielle Fiasko geführt und Rot-Rot hat die Lage gerettet. In Mecklenburg-Vorpommern hat es im ablaufenden Jahrzehnt eine ähnliche Entwicklung gegeben. Zwischen zwei rot-schwarzen Landesregierungen hatte Rot-Rot den Landeshaushalt so weit konsolidiert, dass man ab 2006 ohne Neuverschuldung auskommen und sogar Rücklagen bilden konnte. Es ist das rot-rote Erbe, das Rot-Schwarz in Mecklenburg-Vorpommern jetzt verfrühstückt!

Der dritte selbsterklärte Haushaltskonsolidierer, die FDP, hat es aber am schwersten aus dem Oppositionsdreier. Während man auf Bundesebene alles unternimmt, dass der Staatseinfluss immer weiter zurück gedrängt wird und die Länder- und Gemeindekassen durch permanente Steuersenkungen für ihr Klientel weiter austrocknen, sucht die Landtagsfraktion händeringend brandenburgisches Wählerklientel. Dabei versucht sie, das Rad neu zu erfinden. Bedarf es wirklich einer FDP, um die kostenlose Schülerbeförderung für alle durchsetzen zu können? Das Ziel ist wirklich aller Ehren wert, aber so viel Beweglichkeit hätten wir Ihnen nicht zugetraut. Oder ist es vielleicht doch nur Unkenntnis. Dann ein kleiner Exkurs: Das auf Bundesebene beschlossene so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz führt 2010 zu Steuermindereinnahmen von 55 Mio. Euro. Die nach wie vor in Abrede stehenden weiteren Steuersenkungen ab 2011 werden zu weiteren Mindereinnahmen von 300 Mio. Euro führen. Wie viele Schüler mehr das Land wohl mit diesem Geld kostenlos zur Schule fahren könnte? Führende Vertreter ihrer Partei halten ja auch nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zu den Bedarfsätzen von Hartz IV an ihren Steuersenkungsplänen fest. Wie auf der einen Seite weitere Steuersenkungen und damit Mindereinnahmen für die öffentliche Hand und verstärkte Ausgabe zusammen passen können, müssen wir zum Glück nicht erklären. Der Arbeitsauftrag für schwarz-gelb - Überarbeitung der Bedarfssätze - ist höchststrichterlich erlassen worden. Es wurde u.a. auch gerügt, dass die Kosten für Bildungsausgaben unberücksichtigt blieben. Wir von der LINKEN unterstützen sie jedenfalls, dass auch die Kosten der Schülerbeförderung zukünftig Berücksichtigung erfahren werden. Natürlich unterstützen wir sie auch bei ihren Bemühungen bundespolitisch die Rahmenbedingungen für die Länder und Kommunen so auszugestalten, dass jedes Bundesland in der Lage ist kostenlosen Schülerverkehr zu finanzieren.

Meine Damen und Herren,
meine Partei hat im Wahlkampf eine Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß gefordert und konzipiert. Daran halten wir uns jetzt. Ein Haushalt ist immer mehr als nur Zahlen. Das Zahlenwerk ist, so sagt man, geronnene Politik. Das heißt immer auch: Erst kommt die Politik, dann die Zahl.

Im Kern geht es immer um eine Frage: wieviel Ressourcen eine Gesellschaft und einzelne dem Staat zubilligt(en) - wie diese Mittel erhoben werden - und wer davon profitiert.

Keine Regierung - auch keine Partei - kann sich um die damit verbundenen Entscheidungen herum mogeln. Das kriegen Sie auch mit noch so flotten Anträgen - wie jetzt zur Schuldenbremse - nicht vom Tisch.

Meine Damen und Herren von der Opposition - eines ist gewiss: Wir werden in den nächsten Jahren noch sehr ernsthafte und sehr tiefgehende Debatten um all diese Fragen zu führen haben. Dafür werden wir mehr Substanz als heute brauchen. Wir werden das Mögliche und das Notwendige austarieren müssen. Wir werden Mut beweisen müssen - nicht nur bei Streichungen. Und Gemeinsinn.

Wir bestärken daher die Landesregierung und insbesondere den Finanzminister darin,

den Solidarpakt II im Interesse Ostdeutschlands insgesamt zu verteidigen und alle Versuche zurückzuweisen, den Länderfinanzausgleich zugunsten der so genannten „Südländer“ umzugestalten. Mit der Bildung der rot-roten Koalition in Brandenburg werden jene Kräfte in Deutschland deutlich gestärkt, die die bundesstaatliche Ordnung weiter als ein kooperatives und solidarisches Modell betrachten und den Übergang zu einem „Wettbewerbsföderalismus“ verhindern wollen, der der unsozialen neoliberalen Standortlogik folgt. Der in jeder Hinsicht gescheiterte Neoliberalismus darf nicht auf diesem Weg zu neuer Lebenskraft finden.

Brandenburg wird sich daher auch für eine EU-weite Einführung einer Transaktionssteuer und das Verbot des außerbörslichen Handels mit hochspekulativen Verbriefungen und Optionen einsetzen, die im Wesentlichen zur aktuellen Finanzkrise geführt haben.

Meine Damen und Herren,

Ausgleich und Abwägung tun in der Finanzpolitik not. Das hat mit einem bloßen Nebeneinander von an sich wünschbaren Dingen nichts zu tun.

Steuersenkungen, Rettungsschirme und Konjunkturprogramme zur Krisenbewältigung und dann auch noch Schuldenbremse - das geht beim besten Willen nicht zusammen.

Wir können das gerade im Bund besichtigen. Bislang hat darunter nur die Popularität der Regierung gelitten und das Ansehen der FDP ist zerstört. Nun aber retten sich die Liberalen im Bund in einen sozialpolitischen Bürgerkrieg gegen die Hartz-IV-Empfänger.

Das ist ihre Antwort auf die eben formulierte Frage: Sie billigen dem Staat nicht zu, was Bürger und Unternehmen geben könnten - sie lehnen Steuern wie Schulden als

Finanzierungsquellen gleichermaßen ab - und sie sehen die Geldquelle in der Zerstörung des Sozialstaates. Profitieren werden davon nur die, die es eigentlich nicht nötig haben.

Das, meine Damen und Herren, ist am ehesten so etwas wie „spätromische Dekadenz“.

Gut, dass es dafür in Brandenburg keine Mehrheit gibt. Gut, dass hier in Brandenburg mehrheitlich anders gedacht und vor allem anders gehandelt und entschieden wird.